

Streit um Tempo bei Inklusion in Celle



Foto: Inga Kjer

Die Landesarbeitsgemeinschaft "Gemeinsam leben – gemeinsam lernen" (LAG) will bei der Inklusion aufs Gaspedal treten. Ihrer Vorstellung nach soll die Inklusion im gesamten Bildungswesen verankert werden. Und das möglichst bald. In den kommenden vier bis fünf Jahren, so die jüngst erhobene Forderung, sollten konsequent "separierende Strukturen" im gesamten Bildungswesen abgeschafft werden. Der Vorstoß der Elterninitiative stößt ausgerechnet bei anderen Eltern, die sich um das Thema kümmern, auf wenig Gegenliebe.

CELLE. Nach dem Willen der LAG soll bereits zum kommenden Schuljahr ein Aufnahmestopp bei allen bisherigen Förderschulen verhängt werden, "so dass die regionalen Unterstützungszentren für inklusive Bildung in wenigen Jahren ausschließlich Schüler mit Behinderung in den allgemeinen Schulen unterstützen könnten". Dafür würden die Lehrer aus den Förderschwerpunkten Sprache, Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung an die allgemeinen Schulen umverteilt. Für die entstehenden Kosten schlägt die LAG einen "Ausgleichsfonds" vor, zur Not müsse das Land einspringen.

Begründung der LAG: Die dauerhafte Aufrechterhaltung des separierenden Förderschulwesens werde der völkerrechtlichen Verpflichtung aus der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen nicht gerecht und sei darüber hinaus unverhältnismäßig kostenintensiv. Ein Wahlrecht für Erziehungsberechtigte könne es daher nur für eine Übergangszeit geben.

Bei der Arbeitsgruppe Inklusion des Celler Stadt- und Kreiselterrates hält man von dem Vorstoß der LAG wenig. "Um das Gesetzesvorhaben umsetzen zu können, müssten elf Gesetze angepasst werden. Die Inklusion mit zusätzlichen finanziellen Mitteln auszustatten, ist dabei nicht vorgesehen",

sind Anika von Bose, Mitglied in der Arbeitsgruppe Inklusion, die Aussagen der LAG über die Finanzierung des jetzigen Vorstoßes zu vage.

Nach Meinung von von Bose müsste eine "erfolgreich umgesetzte Inklusion ausreichende materielle und personelle Ressourcen, sprich genügend Fachkräfte" voraussetzen und gute, verständliche und überzeugende Konzepte, die so für die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz sorgen. "Schon jetzt ist ersichtlich, dass die Unterrichtsversorgung in der Inklusion sowohl an den Grundschulen, als auch an den weiterführenden Schulen völlig unzureichend ist. Laut Statistik des Kultusministeriums lag die Unterrichtsversorgung am Stichtag des 22. September 2014 gerade einmal bei 70 Prozent", so von Bose.

Das Fazit des Mitglieds der Arbeitsgruppe Inklusion: "Inklusion lässt sich nicht verordnen, sondern muss durch langfristige Schulentwicklungsprozesse, konzeptionell verständlich, transparent und überzeugend implementiert werden. Auch ist Inklusion kein Sparmodell oder lässt sich kostenneutral umsetzen. Sie erfordert Augenmaß und höchste pädagogische Kompetenz."



Autor: Gunther Meinrenken, am 11.05.2016 um 19:28 Uhr